

Inhalt der Sitzung vom 22.03.2010

TOP Ö 1 Fragen der Bürgerinnen und Bürger

Herr Kolb fragte an, warum ein zweiter Stand mit Käseverkauf auf dem Wochenmarkt sei? Er vertrat die Auffassung, dass kein weiterer Stand mit ähnlichem Angebot auf dem Wochenmarkt sein könnte.

Bürgermeister Schmitt informierte, dass der zweite Stand ein durchaus anderes Angebot wie der Feinkosthändler hat, da hier Tiroler Spezialitäten vertrieben werden, räumte aber ein, dass natürlich auch Käse verkauft wird. Der zweite Anbieter war nun zwei Mal zur Probe hier, nachdem er sich auf einen Marktplatz beworben hatte. Der Bürgermeister erläuterte, dass es sich um einen Markt im klassischen Sinne handle und bei der Zulassung von Händlern aufgrund der gültigen Marktsatzung zu entscheiden sei, wobei man keine Monopole schützen könne. Wichtig sei ein attraktives Angebot für die Bürgerinnen und Bürger.

Herr Kistner fragte an, ob in der Handschuhsheimer Straße die Bäume auf der Südseite ebenfalls gefällt werden, nachdem die Bäume auf der Nordseite gefällt sind. Er merkte an, dass ihm die Dauer der Maßnahme befremdend lange erschien.

Bürgermeister Schmitt erklärte, dass der Stichtag für Baumfällarbeiten der 28. Februar war und dass nun die Schutzperiode eingehalten werden müsse. Man hatte für die Maßnahme auf der Nordseite aus dem Vorjahr einen Haushaltsrest übertragen. Durch Vergrößerung der Baumscheiben soll das Wurzelwerk allerdings auf der Südseite begrenzt werden. Die Dauer der Maßnahme sei auf die schlechte Witterung zurückzuführen.

Herr Kistner lobte die Müllsammelaktion auf der Gemarkung und teilte mit, dass er selbst mit den Kindern der Friedrichschule im Einsatz gewesen sei. Er fragte, ob man nicht zum Abschluss den Schülern ein Präsent als Anerkennung hätte übergeben können.

Bürgermeister Schmitt informierte, dass dies bereits fest eingeplant war und in der kommenden Woche die Übergabe direkt in den Schulen erfolge.

TOP Ö 2 Entscheidung über die Annahme von Spenden nach § 78 Abs. 4 GemO

Die Gemeinde erhielt eine Spende des der am Weihnachtsmarkt 2009 beteiligten Vereine in Höhe von 3.893,08 € für die Notgemeinschaft. Weiterhin wurden 243,30 € aus dem Karussellbetrieb eingenommen, die zur Verminderung der Anmietungskosten verwendet werden. Eine weitere Spende von 111,11 € erhielt die Gemeinde vom PCC für die Notgemeinschaft.

Die Sprecher der einzelnen Fraktionen bedankten sich für die Spenden und gaben einstimmig die Zustimmung zur Annahme dieser Spenden.

TOP Ö 3 Zustimmung zu außerplanmäßigen Ausgaben für die Anschaffung von Einrichtungsgegenständen für die Krippengruppe im Kindergarten St. Nikolaus und für die Anschaffung von Kindergartenmöbeln für den Kindergarten St. Martin

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) verließ wegen Befangenheit bei diesem TOP das Gremium.

Im Jahr 2010 sollen für die Kinderkrippe im Kindergarten St. Nikolaus Einrichtungsgegenstände in Höhe von ca. 11.000 € angeschafft werden. Für den Kindergarten St. Martin sollen Raumteiler und Schränke in Höhe von ca. 16.000 € angeschafft werden.

Vertragsgemäß hat die Gemeinde einen Zuschuss von mind. 70 % des durch sonstige öffentliche Zuschüsse nicht gedeckten Aufwands zu übernehmen. Im Haushaltsplan sind hierfür keine Mittel veranschlagt.

Der Gemeinderat bewilligte einstimmig die außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 19.000 €. Zur Deckung dieser Mehrausgaben ist eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage vorgesehen.

TOP Ö 4 Antrag auf Befreiung von der festgesetzten Bauweise auf den Grundstücken Flst.Nrn. 4984 + 4985, Bgm.-Werner-Weick-Str. 59 + 61

Der Interessent an 2 für die Errichtung eines Doppelhauses vorgesehenen Gemeindegrundstücken im Neubaugebiet „Bruchhäuser Weg“ beabsichtigt dort die Errichtung eines freistehenden Einfamilienhauses. Der Antragsteller wurde auf die notwendige Übernahme einer Vereinigungsbaulast und die Einhaltung aller sonstigen Festsetzungen des Bebauungsplanes zur Errichtung eines Einzelhauses hingewiesen. Es gibt keine städtebaulichen Versagungsgründe für die Abweichung von der festgesetzten Bauweise.

Die Fraktionen der PL, CDU und SPD signalisierten in kurzen Stellungnahmen ihre Zustimmung. Die Fraktion der GLP lehnte ab mit der Begründung, die Umlegung des Gesamtgeländes im Neubaugebiet solle dazu dienen, die Einwohnerzahl hochzusetzen, um so mehr Geldmittel durch das FAG erhalten zu können. Eine derartige Genehmigung arbeite dagegen und sei zu überdenken.

Das Einvernehmen wurde mit 16 Ja-Stimmen von PL, CDU, SPD und BGM, bei 2 Gegenstimmen der GLP erteilt.

TOP Ö 5 Bauantrag zum Neubau eines Mehrfamilienwohnhauses mit Stellplätzen auf dem Grundstück Flst.Nr. 1424/1, Brühler Weg 15

GR Andreas Berger (CDU) verließ wegen Befangenheit bei diesem TOP das Gremium.

Der Antragsteller plant den Abbruch des Gebäudebestandes und den Neubau eines Wohnhauses mit 3 Wohnungen, 6 Stellplätzen und einem Fahrradschuppen innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsmitte ohne Bebauungsplan. Die bauordnungsrechtliche Beurteilung des Bauvorhabens obliegt dem Baurechtsamt.

Nach einer kurzen Diskussion wurde das Einvernehmen zu dem Bauantrag vom Gemeinderat einstimmig erteilt.

TOP Ö 6 Verschiedenes

GR Gerhard Waldecker (PL) gratulierte Jutta Schuster im Namen der Plankstadter Liste zur Verleihung der Stauffermedaille.

Er fragte an, ob die Beleuchtung des Wasserturms nicht ebenso wie die Straßenbeleuchtung über einen Dämmerungsschalter gesteuert werden könne.

Der Bürgermeister teilte mit, dass dies bereits geplant sei und in nächster Zeit umgesetzt werde.

Er fragte weiterhin nach den nächsten Schritten bei der Markierung in der Eisenbahnstraße.

Bürgermeister Schmitt antwortete, dass eigentlich geplant war, die Maßnahme bis Ende März durchzuführen, doch verzögerte sich der Start wegen der unvorhersehbaren Länge des Winters. Die Aufträge seien jedoch bereits erteilt.

GR Andreas Wolf (CDU) gab bekannt, dass sich die Anwohner in der Ladenburger Straße über zu schnelles Fahren beschwerten und fragte, ob dort das Geschwindigkeitsmessgerät der Gemeinde zum Einsatz gebracht werden könne

Der Bürgermeister sagte zu, das Geschwindigkeitsmessgerät zur Kontrolle dort aufzustellen.

GR Jutta Schneider (SPD) unterbrach den Sitzungsverlauf, da sie sich durch Gemurmel aus dem Publikum gestört fühlte und dem Gang der Aussprache so nicht folgen könne. Sie bat den Bürgermeister das Publikum zur Ruhe anzuweisen, um nicht wie in der vorletzten Sitzung geschehen, dies fälschlicher Weise selbst zu machen.

Bürgermeister Schmitt kam diesem Begehren nach und bat die Zuhörer um Einhaltung der Ruhe und setzte den Sitzungsverlauf fort.

GR Jutta Schuster (CDU) informierte, dass die CDU-Fraktion vor einigen Jahren den Antrag auf einen Schulsozialarbeiter gestellt hatte und bat mit Hinweis auf die Übernahme der Schulsozialarbeit durch Postillion e.V. in einer Nachbargemeinde um eine nochmalige Befassung mit diesem Thema.

Bürgermeister Schmitt griff den Vorschlag auf und informierte, dass das Thema derzeit durch die Verwaltung bereits geprüft werde.

GR Dr. Klimpel-Schöffler (PL) teilte mit, dass derzeit viele Baufahrzeuge durch die Carl-Theodor-Straße fahren und die Anwohner das Gefühl hätten, dass dabei zu schnell gefahren werde. Sie fragte, ob man die Zone 30-Regelung besser markieren könne.

Bürgermeister Schmitt entgegnete, dass die Ausschilderung der Tempo 30 Zone ausreichend sei, sicherte jedoch zu, kurzfristige das Geschwindigkeitsmessgerät dort zum Einsatz zu bringen.

Sie fragte an, ob die Fahrradhinweisschilder in und um Plankstadt ergänzt und teilweise ausgetauscht werden können, da diese unvollkommen und manchmal nicht mehr lesbar seien.

Der Bürgermeister informierte, dass die Fahrradwege derzeit im gesamten Sprengel neu festgelegt und anschließend ausgeschildert werden, dies jedoch noch etwas Zeit in Anspruch nehme.

GR Dr. Udo Weis (CDU) forderte, die Lebenssituation der Älteren und Behinderten in Plankstadt mehr in den Mittelpunkt zu stellen. Hierzu solle ein Ansprechpartner in der Verwaltung benannt werden, der künftig diese Aufgaben zusätzlich wahrnehmen soll. Im Weiteren verlas er ein von der CDU Plankstadt erarbeitetes Papier mit dem Titel „Plankstadt Plus“, das diese Thematik aufgreift und exemplarisch fünf Vorschläge nennt.

GR Wacker (SPD) teilte mit, dass ihr zu Ohren kam, dass der Verkehrsverbund Rhein-Neckar eine Umfrage zu einem Sozialticket für Hartz-IV-Empfänger gestartet habe. Sie fragte, ob dazu bereits in der Verwaltung etwas eingegangen sei und ob sich der Gemeinderat damit befassen werde.

Der Bürgermeister antwortete, dass ihm dies nicht bekannt und hierzu auch noch nichts in der Verwaltung eingegangen sei, er die Thematik jedoch gegebenenfalls selbstverständlich im Rat behandelt werde.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende sprach im Namen der SPD Jutta Schuster ebenfalls Glückwünsche zu der Ehrung aus. Im Zusammenhang mit der Einführung von „Google-Street“ sei aus seiner Sicht vermehrt mit Autoeinbrüchen zu rechnen. Er fragte an, ob die Bevölkerung über die datenschutzrechtlichen Belange informiert sei.

Bürgermeister Schmitt wies auf entsprechende Veröffentlichungen im Amtsblatt hin und sagte zu, auch auf der Homepage eine entsprechende Veröffentlichung vorzunehmen.

Er verwies weiter auf einen Bericht in der Schwetzingener Zeitung, in dem dargestellt sei, dass der dortige OB Pörtl einen besonderen Bereich für Plakatierungen ausweisen möchte, um wildes Plakatieren zu verhindern und fragte, ob dies auch in Plankstadt geplant sei.

Der Bürgermeister teilte mit, dass hier derzeit keine Probleme bestehen und er deshalb keinen Handlungsbedarf sehe.

Prof. Dr. Dr. Mende fragte, bis wann die Probleme mit der Lüftungsanlage in der Mehrzweckhalle beseitigt sind. Bürgermeister Schmitt informierte dazu, dass durch ein Versäumnis der Ingenieurfirma Zusatzaufträge erforderlich wurden, welche derzeit gerade ausgeführt werden, so dass in Kürze die neue Anlage voll funktionsfähig sei.

Er zitierte einen weiteren Artikel der Schwetzingener Zeitung, in dem geschrieben steht, Bürgermeister Schmitt hätte bei einem Vortrag beim Hausfrauenverein gesagt, er wolle gerne ein Ärztehaus für Plankstadt, da die hiesigen Praxen „veraltet“ seien. Dies sei auch im „Zitat Prof. Dr. Dr. Mende: Schmitteilungsblatt“ so gestanden.

Bürgermeister Schmitt stellte daraufhin klar, dass er eine solche Aussage nie getroffen habe und dies schlicht von dem Bericht erstattenden Journalisten falsch wiedergegeben worden sei. Die niveaulose Formulierung „Schmitteilungsblatt“ von GR Prof. Dr. Dr. Mende verurteilte er in scharfer Form als mehr als nur unpassend, denn Wahlkampfparolen auf einem derartigen Niveau hätten keinen Platz im Gemeinderat. Er wies die ihm unterstellte Zensur entschieden zurück.

GR Jutta Schneider (SPD) verlas die Frage nach den Kosten der „Hochglanzbroschüren“ als Beilage im

Mitteilungsblatt.

Bürgermeister Schmitt erklärte ihr daraufhin, dass es sich lediglich um einen Standard-Vier-Farb-Druck und keinen teuren Hochglanzdruck handle. Er wies darauf hin, dass er Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern für dringend notwendig erachte und bedauerte den mangelnden Sinn für einen gepflegten Auftritt der Gemeinde bei der Gemeinderätin. Er sagte jedoch zu, selbstverständlich die Kosten aufstellen zu lassen.

Auf ihre Frage, wer Veranstalter des Frühlingsfestes sei, wurde sie unterrichtet, dass die Gemeinde Plankstadt Veranstalter ist.

Sie zitierte weiter einen Artikel aus der Schwetzingen Zeitung, in dem über die Anschaffung einer neuen EDV-Anlage der Gemeinde Oftersheim berichtet wurde. Sie verlas in diesem Zusammenhang mehrere Zahlenwerte und fragte, warum die Beschaffung dieser EDV-Anlage in Oftersheim zu einem niedrigeren Betrag erfolgte als im Plankstadter Haushaltsplan für die EDV im Rathaus eingeplant sei.

Bürgermeister Schmitt klärte Frau Schneider auf, dass er um die vorgelesene Frage beantworten zu können zuerst wissen müsse, was in Oftersheim tatsächlich im Detail angeschafft wurde. Dies konnte dem vorgelesenen Zeitungsartikel nicht entnommen und von Frau Schneider auch nicht mitgeteilt werden. Da das Wort EDV-Anlage ein sehr weiter Begriff sei bedauerte der Bürgermeister, um nicht weiter spekulieren zu müssen, hier leider keine Antwort geben zu können.

GR Fredi Engelhardt (PL) fragte, wie viele Grundstücke im „Bruchhäuser Weg“ bereits verkauft seien.

Der Bürgermeister informierte, dass derzeit ein Grundstück verkauft ist, jedoch bereits Vormerkungen für weitere Grundstücke bestehen.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) nahm Bezug auf die Fuß- und Fahrradwege in der Gemeinde und forderte, am Ende der Paul-Bönner-Straße eine weitere Zufahrt Richtung Schwetzingen mit geringerer Steigung, um besser über den B535-Tunnel kommen zu können. Weiterhin seien aus seiner Sicht die installierten Kfz-Durchfahrtssperren zu entfernen, da Radfahrer daran hängen bleiben könnten. Dies sei ihm auch passiert.

Bürgermeister Schmitt nahm die Anregung zur Kenntnis, wies jedoch darauf hin, dass vor der Anbringung der Kfz-Durchfahrtssperren tatsächlich Autos über den Fahrradweg Richtung Schwetzingen gefahren seien.

GR Hohl führte weiter aus, im „Zitat: Schmitteilungsblatt“ würden Artikel durch den Bürgermeister zensiert, insbesondere Artikel der Montagsrunde der GLP seien betroffen. Er fragte, wer bestimmen darf was die Interessen der Gemeinde seien und vertrat die Ansicht, die Artikel seiner Partei seien im Interesse der Gemeinde.

Der Bürgermeister entgegnete, dass die Veröffentlichung von Artikeln im Mitteilungsblatt aufgrund der geltenden Veröffentlichungsrichtlinien der Gemeinde erfolge. Verantwortlich für deren Einhaltung sei der Bürgermeister. Er wies GR Hohl darauf hin, seine Ausdrucksweise zukünftig zu mäßigen.

GR Hohl fragte nach, welche Aktivitäten bisher zum Thema Ortskernsanierung erfolgt seien und meinte, der Gemeinderat würde hier vom Bürgermeister zu wenig informiert. Dieser müsste viel mehr über seine Tätigkeit berichten, damit der Gemeinderat über alles informiert sei.

Bürgermeister Schmitt entgegnete, dass die Gemeindeverwaltung aufgrund des Beschlusses des Gemeinderates einen Antrag auf Aufnahme in das Städtebauförderungsprogramm des Landes gestellt habe. Es sei bekannt, dass über diesen Antrag vom Land erst in den nächsten Wochen entschieden werde. Vorher seien keine sinnvollen Aktivitäten möglich, da noch nicht sicher sei, ob der Antrag auch tatsächlich positiv beschieden werde. Erst nach dieser Entscheidung könne in der Sache weitergearbeitet werden.

GR Hohl meinte, der Bürgermeister mache ja sowieso nichts. Der Bürgermeister solle sich nicht weiter bemühen. Er forderte weiterhin eine schriftliche Mitteilung wer Veranstalter des Frühlingfestes sei und sah hier eine unzulässige Vermengung mit der Privatwirtschaft. Es würde „Zitat: Sponsoring a la Westerwelle“ betrieben.

Bürgermeister Schmitt untersagte in deutlicher Form derartige Unterstellungen und Beleidigungen. Es handle sich hier um Wahlkampfpolemik ohne Niveau mit Fehlinformationen und Halbwahrheiten. Es sei endlich zu akzeptieren, dass die Bürgerinnen und Bürger von Plankstadt gewählt hätten und man müsse im Gemeinderat nun endlich den Wählerauftrag umsetzen. Es sei im Gremium kein Platz für persönliche Eitelkeiten, sondern es müsse gemeinsam zum Wohle Plankstadts gearbeitet und gehandelt werden.

GR Sigrid Schüller (GLP) wies darauf hin, dass in einem GLP Artikel zum Thema Privatisierung ein Satz gestrichen worden sei, obwohl der Inhalt nach ihrer Auffassung so stimme.

Bürgermeister Schmitt erklärte, dass nicht nur dieser angesprochene Satz sondern der Artikel insgesamt in vielen Punkten durch die GLP überarbeitet werden musste, da er nicht den Veröffentlichungsrichtlinien für das Mitteilungsblatt entsprochen hatte.

Sie fragte weiter, warum Schwetzingen den Abwasserpreis auf 2,40 €, Plankstadt jedoch auf 2,50 € erhöht hat.

Bürgermeister Schmitt antwortete, dass Grundlage für die Abwassergebühr eine entsprechende Gebührenkalkulation sei. Für die Kalkulation der Abwasserbeiträge sind die Abschreibungen für Investitionen in das Kanalnetz und die Abwasseranlagen, die Zinsen sowie die laufenden Kosten heranzuziehen. Dies sei von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich, weshalb ein direkter Vergleich der Abwassergebühren nicht möglich sei.